

Das mag mit ein Grund sein. Hauptsächlich aber hat mir meine wissenschaftliche Arbeit geholfen. Ich habe mich ausführlich damit beschäftigt, wie Information die Märkte beeinflusst. Deshalb kann ich heute auch sagen: Wer immer noch an die Theorie der effizienten Märkte glaubt, der hat die Entwicklung der modernen Ökonomie verpasst.

Sie haben für diese wissenschaftliche Arbeit den Nobelpreis erhalten. Was genau stimmt nicht mit der Theorie der effizienten Märkte?

Märkte wären nur dann effizient, wenn die Information perfekt wäre. Mit anderen Worten: wenn alle Marktteilnehmer gleichzeitig alles wüssten. Das ist in der Praxis unmöglich. In der Realität kommt es immer wieder zu Verzerrungen und Blasen. Die Information ist ungleich oder asymmetrisch verteilt, wie es im Fachjargon heisst. Die Theorie der asymmetrischen Information ist heute unbestritten, selbst Männer wie Bernanke oder Greenspan haben sie nie angezweifelt. Sie haben sie einfach ignoriert.

Hat die Krise nun der Vorstellung der effizienten Märkte den Todesstoss versetzt?

Ich fürchte nein.

Warum nicht?

Einer meiner Lieblingswitze derzeit lautet: «Wir waren alle Keynesianer – für sechs Monate.» Damit will ich sagen, dass die Theorien von John Maynard Keynes in der Krise wieder hochaktuell wurden. Jetzt, wo das System stabiler geworden ist, kehren die Nicht-Keynesianer aus ihren Verstecken zurück und beginnen, vor zu hohen Staatsschulden zu warnen.

Was ist daran falsch?

Wenn der Staat zu früh mit dem Sparen beginnt, riskiert er einen Rückfall in die Rezession. Wir müssen uns darauf einrichten, länger mit Defiziten zu leben, als wir bisher geglaubt haben.

Es gibt jedoch auch politischen starken Druck, die Staatsausgaben zu senken. Die konservative Tea-Party-Bewegung ist im Aufwind.

Die Tea Party widerspiegelt die hilflose Wut eines Teils der amerikanischen Bevölkerung.

Wie beurteilen Sie diese Tea Party?

Sie kann zu verrückten Dingen führen, zu Nationalismus, Faschismus usw. Die Bewegung ist sehr widersprüchlich. Sie handelt nach dem Motto: Deregulierung hat uns in die aktuellen Schwierigkeiten geführt, also müssen wir noch mehr deregulieren. Das ist natürlich Unsinn.

Warum ist die Tea Party trotzdem so erfolgreich?

Weil es ihr gelingt, die Wut auf die Banken zu instrumentalisieren. Für die Mitglieder der Tea Party war das Bail-out der Banken eine Art Bankraub. Sie sagen: Die Banker wurden gerettet und erhalten bereits wieder riesige Boni. Das Gewerbe hingegen leidet darunter, dass es keine Kredite mehr erhält. Mit anderen Worten: Die Mächtigen im Weissen Haus haben ihren Kumpels an der Wallstreet aus der Patsche geholfen und lassen die Kleinen hängen. Ich kann diese Wut verstehen, auch wenn sie irreführend ist.

Wie gefährlich ist die Tea Party?

Schwer zu sagen. Ich halte die Reaktion der Bondmärkte für gefährlicher.

Was hat man sich als Laie darunter vorzustellen?

Auch dazu pflege ich derzeit scherzhaft zu sagen: Nach dem Ausbruch der Krise haben sich die Wallstreet-Banker neun Monate lang ein Time-out gegönnt. Sie verschwanden nach Florida in die Ferien und blieben stumm. Jetzt, nachdem sie mit Milliarden von Steuergeldern gerettet wurden, kehren sie zurück und fordern: Schluss mit Staatsdefiziten. Jetzt müssen wir den Gürtel enger schnallen. Das ist mehr als heuchlerisch.

Aber hohe Staatsschulden sind doch gefährlich.

Wir dürfen nicht nur das aktuelle Staatsdefizit im Auge behalten, sondern auch die künftige Entwicklung. Wenn wir jetzt in unsere Volkswirtschaft investieren, in eine bessere Infrastruktur und eine bessere Ausbildung unserer Kinder, dann garantieren wir damit auch ein Wachstum in der Zukunft. Nur wenn wir jetzt intelligent in die Zukunft investieren, können wir dereinst auch unsere Schulden wieder abbauen.



«Wir müssen uns darauf einrichten, länger mit Defiziten zu leben, als wir bisher geglaubt haben»

Der gesunde Menschenverstand sagt: Es ist viel einfacher, gar keine Schulden zu machen. Nein, in dieser Hinsicht verhält es sich beim Staat wie bei einem privaten Unternehmen. Wenn beispielsweise Microsoft sich Geld leiht und damit eine höhere Rendite erzielt als die Kosten der Zin-

sen, dann sinken die Schulden des Unternehmens. Das gilt auch für den Staat. Deshalb müssen wir jetzt intelligent investieren und Verschwendung verhindern.

Wo wird am meisten Geld verschwendet?

Beim Militär. Derzeit geben wir Milliarden von Dollars aus, die

wir nicht haben, um Feinde zu bekämpfen, die gar nicht existieren.

Eine Frage, die immer wieder auftaucht, lautet: Wie hoch dürfen Staatsschulden sein?

Die Frage ist falsch. Es kommt nicht darauf an, wie hoch die Schulden in absoluten Zahlen sind, sondern ob das Geld auch sinnvoll investiert wurde. Nochmals der Vergleich mit Microsoft: Wenn das Management den Verwaltungsrat bittet, einen Kredit zu 4 Prozent Zinsen aufzunehmen, weil es damit eine Rendite von 8 Prozent erzielen kann, sagt der Verwaltungsrat: Macht es. Beträgt die Rendite bloss 2 Prozent, dann sagt der Verwaltungsrat: Macht es nicht. Warum soll es beim Staat anders sein?

Weil beim Staat nicht der Verwaltungsrat entscheidet, sondern der Stimmbürger.

Der Stimmbürger wird schlecht informiert. Bei Staaten werden immer nur die Schulden aufgelistet, die Vermögenswerte hingegen unterschlagen. Kein Mensch macht dies bei einem Unternehmen, weil es unsinnig wäre.

Ist das eine gezielte Desinformation?

Ich weiss nicht, ob es aus Dummheit oder mit Absicht geschieht. Aber klar ist, dass mit dem Spekulieren mit Staatsanleihen sehr viel Geld verdient wird. Das kann daher sehr lohnend sein, Panik zu erzeugen und falsche Gerüchte zu verbreiten. Das zeigt einmal mehr der Fall Griechenland.

Sie bezeichnen die aktuelle Krise als eine Systemkrise.

Wollen Sie das System der Marktwirtschaft abschaffen?

Nein, mir geht es um eine sinnvolle Partnerschaft zwischen Staat und Markt. In Kanada etwa musste keine einzige Bank gerettet werden. Auch die spanischen Banken haben die Krise relativ unbeschädigt überstanden, obwohl auch in Spanien eine gewaltige Immobilienblase geplatzt ist.

Wie erklären Sie das?

Die kanadischen und die spanischen Banken werden vom Staat sinnvoll reguliert.

Bedeutet das, dass Sie den Vorschlag von Paul Volcker unterstützen, der Geschäfts- und Investmentbanken wieder trennen will?

Grundsätzlich schon. Volcker hat ja auch scherzhaft gesagt, der Bancomat sei die einzig sinnvolle Innovation der Finanzbranche gewesen. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: Unsere Finanzindustrie wehrt sich gegen sinnvolle Innovationen, beispielsweise Staatsanleihen, die gegen Inflation versichert sind.

Es gibt somit auch sinnvolle Finanzinnovationen?

In der Theorie schon, aber in der Praxis werden sie leider meistens missbraucht. Ich würde sogar sagen: für betrügerische Zwecke missbraucht.

Trotzdem ist es fast unmöglich, Betrüger zur Verantwortung zu ziehen. Weshalb?

Die meisten Banker wissen, wo die Grenze verläuft, die einen ins Gefängnis bringt oder nicht. Juristisch gesehen sind die meisten Betrüger deshalb unanfechtbar.

Die Wirtschaftskrise hat auch geopolitische Folgen.

Viele sehen darin den Anfang vom Ende der Supermacht USA. Sie auch?

Die Vereinigten Staaten werden auch in absehbarer Zukunft die grösste Volkswirtschaft haben. Aber ihr politischer Einfluss wird abnehmen.

Weshalb?

Ich komme gerade von einem Aufenthalt in China zurück. Dabei habe ich erlebt, wie Amerikaner Chinesen in Managementfragen belehren wollten. Sie wurden ausgelacht. Speziell in Asien haben die USA massiv an Prestige eingebüsst. Die Asiaten haben nicht vergessen, wie sehr sie unter dem Washington-Konsensus des Internationalen Währungsfonds während der Krise 1997/1998 litten.

Ist der endlose Streit um den Wechselkurs von Dollar zu Renminbi der Auftakt zu einem Handelskrieg?

Ich gehe davon aus, dass es bei kleineren Scharmützeln bleiben wird. Ein Handelskrieg wäre zu gefährlich.

Also wird letztlich alles gut?

Ich bin leider nicht so optimistisch. In den USA ist das politische System blockiert, die Tea Party gewinnt an Bedeutung, und der soziale Zusammenhalt in der amerikanischen Gesellschaft nimmt ab.

ANZEIGE

Egal wo Sie sind, Sie bleiben am Ball
Surf. Das Internet in Ihrer Hand



1/2 Preis
für 6 Monate
auf die Surf Abos

zusätzlich
CHF 100.–
Gutschein
bei Neuabschluss in
jedem Orange Center
oder Orange Citydisc



1.–

Nokia N97 mini

Optima Start Surf/24 Monate

Preis ohne Preisplan 749.–



1.–

Nokia X6

Optima Plus Surf/24 Monate

Preis ohne Preisplan 549.–

orange™

Inkl. MwSt. Gültig für Neukunden mit Optima Start Surf (CHF 39.–/Mt.) oder Optima Plus Surf (CHF 49.–/Mt.) für 24 Monate. Exkl. SIM-Karte CHF 40.–. Solange Vorrat. Halbe Grundgebühr in den ersten 6 Monaten bei einer Vertragsdauer von 24 Mt., bzw. 3 Monaten bei einer Vertragsdauer von 12 Mt. Nicht verfügbar für Prima Surf. Promotion gültig bis 16.05.2010. Geschenkgutschein im Wert von CHF 100.– nur bei Neuabschluss mit einem Nokia N97 mini oder Nokia X6 im Orange Center oder Orange Citydisc. Mehr Infos unter orange.ch/surf